

FORUM

Danke für jede wertvolle Stimme

Die liechtensteinischen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben die Verfassungsinitiative zum Verkehr abgelehnt. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen und als Demokraten ohne Wenn und Aber akzeptieren. Wir sind enttäuscht, weil wir mehr erwartet haben und eine grundsätzliche Neuorientierung im Bereich Verkehr drängt. Wir sind stolz darauf, dass wir den Abstimmungskampf mit sachlichen Argumenten führten und trotz der finanziell und politisch mächtigen Gegnerschaft im Land ein achtbares Resultat erzielten. Wir möchten allen danken, die mit ihrem Ja mithalfen, dieses Resultat zu erzielen. Insbesondere möchten wir all jenen danken, welche die Verkehrsinitiative ideell und materiell unterstützt haben.

Das Initiativkomitee für eine Verkehrspolitik mit Zukunft: Martin Batliner, Dorothee Latenser, Egon Matt, Helmuth Müssner, Adolf Ritter, Georg Schierscher und Peter Sprenger

Ein Sieg der Vernunft

Forum: Aktion Verkehrslösung (AVFL) zur Ablehnung der Verfassungsinitiative

Als der erste Versuch zur Änderung des geltenden Artikel 20 in der Verfassung (Verkehrswesen) im Herbst 2000 im Landtag am mangelnden Quorum von drei Vierteln der Abgeordneten-Stimmen scheiterte, bewertete die Aktion Verkehrslösung Fürstentum Liechtenstein (AVFL) diese Entscheidung als einen Sieg der Vernunft.

Denn – so lautete damals der Tenor der Landtagsdebatte – nicht ein komplizierter Verfassungsartikel, sondern nur zeitgemässe, umweltgerechte und nachhaltige Verkehrslösungen, die auf der Basis der bestehenden Gesetze entwickelt und gegebenenfalls vom Volk in letzter Instanz entschieden werden, bringen uns bei der Bewältigung unserer Verkehrsprobleme weiter.

Schon in der erwähnten Landtags-

sitzung kündigte der Sprecher der unterlegenen Abgeordneten eine Volksinitiative an. Diese fand nun am vergangenen Wochenende statt. Das Ergebnis ist bekannt. Die Initiative wurde mit 54,5 Nein-Stimmen zu 45,5 Ja klar verworfen. Sie fand in keiner der 11 Gemeinden eine Mehrheit.

Die Aktion Verkehrslösung Fürstentum Liechtenstein (AVFL), die sich – zusammen mit anderen Institutionen –

für eine Ablehnung eingesetzt hat, begrüsst dieses Ergebnis. Sie danke allen Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, die mit ihrem Nein, dazu beigetragen haben.

Aber auch dem Engagement der Initianten, die sich aus Mitbürgerinnen und Mitbürgern aller Schichten und Gruppierungen zusammensetzten und die namentlich von Organisationen wie der LGU, der Freien Liste und dem Verkehrsclub (VCL) auf breiter Basis unterstützt wurden, bringt die Aktion Verkehrslösung (AVFL) Respekt entgegen.

Die AVFL steht auch in Zukunft allen offen, die Lösungsvorschläge für die Bewältigung der Strassenverkehrsprobleme in Liechtenstein erarbeiten und sie unterstützt alle Bemühungen, die in Richtung umweltgerechte, wirtschaftsfreundliche Mobilität unter Wahrung der demokratischen Freiheitsrechte gehen.

Hinweis betr. Leserbriefe!

Damit unter der Rubrik «Leserbriefe» möglichst viele Meinungen Platz finden, ersuchen wir unsere Leserbriefschreiberinnen und -schreiber sich möglichst kurz zu halten. Leserbriefe tragen wesentlich zur Belebung der öffentlichen Diskussion über verschiedenen Themen bei. Belebend wirken Leserbriefe jedoch nur, wenn sie kurz und prägnant verfasst sind, mit Konzentration auf das Wesentliche, ansonsten sie das Gegenteil bewirken.

Da auch unsere Rubrik «Leserbriefe» einer Planung bedarf, bitten wir unsere Leserinnen und Leser, sich möglichst kurz zu halten und als Limite eine maximale Anzahl von 2500 Zeichen zu respektieren. Die Redaktion behält es sich vor, zu lange Leserbriefe abzulehnen. Ebenfalls abgelehnt werden Leserbriefe mit ehrverletzendem Inhalt.

redaktion@volksblatt.li

Forum

Unter der Rubrik «Forum» veröffentlichen wir Zuschriften und Beiträge von Verbänden, Vereinen, Aktionen und Institutionen. Das «Forum» drückt aus, dass die in den Beiträgen geäußerten Meinungen nicht mit der Haltung der Zeitung übereinstimmen müssen.

«Die Kirche sind wir»

Verein für eine offene Kirche will unbeirrt weitermachen

Vorgestern Sonntag hielt der Verein für eine offene Kirche seine 4. Vereinsversammlung ab. Der Verein wurde anfangs 1998 nach der Ausrichtung Liechtensteins zum Erzbistum gegründet und hat sich zum Ziel gesetzt, dem durch Erzbischof Wolfgang Haas praktizierten kirchlichen Machtmechanismen entgegenzutreten.

Am Beginn stand eine besinnliche Andacht in der Kapelle des Klosters St. Elisabeth in Schaan mit Pfr. Gottfried Daub und Harald Wanger an der Orgel. Danach liessen sich die etwa 120 der über 1000 Mitglieder des Vereins für eine offene Kirche über die Aktivitäten des Vereins informieren. Präsident Wolfgang Seeger leitete die GV mit einem Zitat aus der Schweizerischen Kirchenzeitung ein, wo es heisst: «Eine Kirche, die offen ist für jeden einzelnen Menschen, braucht einen grundlegenden Perspektivenwechsel; nicht mehr die Menschen sind auf die Kirche angewiesen sondern die Kirche auf die Menschen.» «Kirche sind wir», so Präsident Seeger weiter, «es liegt an uns, was wir aus der Kirche in Liechtenstein machen.»

Gemäss seinem ausführlichen Jahresbericht liegt die grösste Herausforderung in der Neuordnung des Verhältnisses von Kirche und Staat, einem Thema, mit welchem sich vor allem die Arbeitsgruppe «Politik» beschäftigt. Die heute geltende Regelung ist nicht mehr konform mit der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), d.h. wenn ein Nichtkatholik Klage gegen den Staat führt, weil er Steuern für die Katholische Kirche zahlen muss, hat er grosse Chancen, Recht zu bekommen. Es wurden daher erfahrene Staats- und Staatskirchenrechtsexperten beauftragt, ein Gutachten zur Einführung von Kirchengemeinden nach Schweizer Muster zu erstellen, welches

auch Lösungsvorschläge für das Steuerproblem enthält. Ziel des Vereins ist, eine Demokratisierung der Kirche auf Gemeindeebene zu erreichen. Mit diesem Gutachten soll den Gemeindebehörden Hilfestellung geboten werden, das politisch schwierige Thema anzugehen. Es sei deshalb schwer verständlich, so Wolfgang Seeger, warum im Verfassungsentwurf des Fürstenhauses wie auch im Verfassungsvorschlag der Regierung das Verhältnis Staat/Kirche gar nicht vorkomme. Zur Zeit arbeiten zwei namhafte liechtensteiner Juristen daran, das vorhandene Gutachten von Prof. René Pahud de Mortanges in eine liechtensteinverträgliche Lösung umzuwandeln. Weitere Themen waren der Religionsunterricht, welcher noch immer nicht befriedigend gelöst ist, sowie das Lehrerdienstgesetz, zu welchem die Arbeitsgruppe «Politik» konstruktive Vorschläge zu Händen der Regierung eingereicht hat.

Zurück zu Chur

Des Weiteren wurde vor gut einem Jahr ein Konkordatsentwurf erarbeitet, welcher die Nach-Haas-Aera regeln soll. Der Verein für eine offene Kirche schlägt vor, nach dem Weggang von Erzbischof Haas keinen Nachfolger zu bestimmen, sondern das Erzbistum Liechtenstein dem Bischof von Chur zu unterstellen. Beide Vorschläge wurden von der Versammlung voll unterstützt. Trotzdem war man sich klar, dass der Weg zu einem religiösen Frieden in Liechtenstein noch lang und steinig sein wird.

«Wir teilen» setzt auch ethisches Verhalten voraus

Robert Allgäuer erklärte den Unterschied zum bestehenden Fastenopfer. «Dort befiehlt und entscheidet eine einzige Person, bei uns tut dies ein Siebener-Gremium, bestehend aus



Im Bild der neue Vorstand (v.l.): Noldi Frommelt, Kurt Büchel, Linda Mündle, Sr. Lisbeth, Gisela Meier, Erich Ospelt sowie Präsident Wolfgang Seeger. (Bild: blusky)

Frauen und Männern, die sich als mündige Kirchenbürger verstehen und nicht als Untertanen – und wir arbeiten mit dem Schweizer Fastenopfer zusammen.» Die Summe der Spenden sei zwar enorm wichtig, aber es brauche auch ein Umdenken in der Politik und Finanzwelt. «Wir sind aufgefordert», so Allgäuer, «der internationalen Solidarität Genüge zu tun, denn ohne ethisches Verhalten können wir unserer Verantwortung nicht gerecht werden.»

Vielfältige Aufgabenteilung im Verein

Robert Büchel berichtete über die Tätigkeit der Arbeitsgruppe «Kirchliches Leben», bestehend aus Laien theologinnen und Theologen, welche für die Redaktion des Vereinsblattes «Fenster» verantwortlich ist und unter anderem Kontakt zum päpstlichen Nuntius in Bern pflegt. Josef Biedermann, Anstaltsrat der Erwachsenenbildung Stein-Egerta Anstalt, berichte-

te über das gute Funktionieren des neuen Unternehmens, welches nach der Auflösung des Dekanats durch den Erzbischof vom Verein übernommen wurde.

Pfarreiräte nur noch Statisten

Einigen Zündstoff liegt im neuen Statutenentwurf von Erzbischof Haas, nach welchem die Pfarreiräte in Zukunft keine Entscheidungsbefugnisse mehr haben sollen. Dr. Kurt Büchel konnte anhand von Statuten aus Deutschland, Österreich und der Schweiz aufzeigen, dass solch diskriminierende Statuten in keiner Weise vatikanischen Vorschriften entsprechen. Dort werden Pfarreiräte, d.h. das Kirchenvolk, in die Entscheidungen der Kirche voll und ganz miteinbezogen.

Änderungen in der Vereinsleitung

Der Vereinsvorstand hat drei neue Mitglieder erhalten. Dieser besteht nun

aus Dr. Kurt Büchel (neu), Noldi Frommelt (bisher), Gisela Meier, Vizepräsidentin (bisher), Linda Mündle (bisher), Erich Ospelt (neu), Provinzleiterin des Klosters St. Elisabeth Sr. Lisbeth Reichlin (neu) und Wolfgang Seeger, Präsident (bisher).

Viel Neues unter www.offenekirche.li

Seit Dezember 2001 ist der Verein auch im Internet zu finden, d.h. wer sich für die Tätigkeiten des Vereins interessiert, findet unter dieser Internetadresse alle nötigen Informationen. Das Wichtigste für den Verein um seine Pflichten zu erfüllen, so Präsident Seeger, sei, dass möglichst viele Menschen, die an einem lebendigen religiösen Leben in Liechtenstein interessiert sind, Mitglieder des Vereins werden. Deshalb nochmals die Anschrift: Verein für eine offene Kirche, Postfach 825, 9494 Schaan, Tel 233 40 33, Fax 233 40 34, E-Mail: verein@offenekirche.li. (h.l.)

LESERBRIEFE

Pfarrerstreit eskaliert

Lieber Herr Pfarrer Butz und lieber Herr Kaplan Brei, es gibt in den besten Familien hier und da Auseinandersetzungen. Es gibt auch in einem Betrieb Kündigungen. In jedem Unternehmen ist ein Vorgesetzter oder ein Chef. Dieser Vorgesetzte hat auch die Verantwortung für dieses Unternehmen. So ist es auch in der Gemeinde Triesenberg, dass der Pfarrer einer Gemeinde über kirchlich-liturgische Dinge zu entscheiden hat. Meiner Meinung nach wäre es sicher

auch möglich, ein Miteinander in der Gemeinde Triesenberg.

Was ich aber nicht verstehe, dass diese Sache in die Öffentlichkeit getragen wird. Bei Radio L wurde über diese Kündigung berichtet sowie auf der Titelseite vom Volksblatt, den 11. März 2002. Das ist doch eine Sache der Gemeinde und nicht für die Öffentlichkeit. Auch ist die Hohe Geistlichkeit bei der Gemeinde angestellt, und somit bleibt es Sache der Gemeinde. Auch in diesem Bereich wird es immer wieder Kündigungen geben, aus welchem Grunde auch immer. Zum Abschluss möchte ich nur noch eines sagen, mit dieser Unstimmigkeit in die Öffentlichkeit zu gehen, ist der falsche

Weg. Ich ersuche daher den Pfarrer sowie den Kaplan, diese Unstimmigkeit aus der Welt zu schaffen und gemeinsam der Gemeinde Triesenberg zu dienen. Hans Gassner, Austr. 28, Vaduz

Verkehrslösung und Little Big One

Art. 20: «Der Staat wendet seine besondere Sorgfalt einer den modernen Bedürfnissen entsprechenden Ausgestaltung des Verkehrs zu, unter Schonung der Ressourcen und Wahrung der Umweltverträglichkeit.» Das wäre Verfassungsniveau, dem hätte ich zustimmen können. Die Entschei-

dungsträger handeln heute in diesem Sinne, da habe ich volles Vertrauen. Vor vielen Jahren hatte ich die Ehre, in einem kleinen Gesprächskreis neben Fürst Franz Josef II. zu stehen. Es kam die Rede auf eine Autobahn durch Liechtenstein, damals, noch vor dem Bau der N 13, dachte man an einen Ausbau des Rheindammes als Autobahn. Franz Josef II. bemerkte dazu: «Da werde ich Einspruch erheben. Liechtenstein ist zu klein für eine Autobahn.» Einer hochrangigen Autostrasse durch das Unterländer Riet hätte er niemals seine Zustimmung gegeben. Das muss auch heute noch gelten – und auch ohne Verfassungsänderung.

Unserer tollen Jugend hätte ich das LBO-Festival gegönnt. Einmal im Jahr sich in internationaler Atmosphäre so richtig an moderner Musik berauschen und austoben können! Es ist schon fast unfair, diesen Kredit vor das Volk zu bringen. Das Volk liebt Aussergewöhnliches nicht, gesundes Misstrauen und vorsichtige Mitteilung sind existenzsichernd. Und wenn es ausschliesslich ums Geld geht, da braucht es nur einfache Massstäbe. Die Jugend soll lieber das ganze Jahr brav in den Vereinen mitwirken und sich mit den kleinen Höhepunkten begnügen. Dies ist das Signal, das die Stimmbürger an die Jugend gesandt haben.

Dr. Wolfgang Bayer, Gamprin